

Gedenken an die Ermordeten in Hanau am 4. März 2020 vor dem DGB Haus



Seniorenveranstaltung

„Wie Blackrock, Blackstone, McKinsey & Co unsere Arbeit,
unser Wohnen und die Politik bestimmen“

Referent: Dr. Werner Rügemer (Publizist)

Mittwoch, 22. Juli 2020, 14:00 Uhr und um 17:00 Uhr
(Wegen der Abstandsregelungen bieten wir die Veranstaltung zweimal am
gleichen Tag an.)

Großer Saal im Gewerkschaftshaus, in der
Schwanthalerstraße 64

Wegen der Corona Krise diesmal bitte anmelden!
mit Name, Email oder Telefonnummer und dem Hinweis:
Ich nehme am 22.07.2020 teil.

Mail: senioren.m@verdi.de

ver.di Bezirk München Kollegin Barbara Hinkelbein
089/59977-651

Bitte umgehend anmelden bis 20.07.2020!

Keine Kürzungen bei der Notfallversorgung – keine Verschlechterung der Daseins-Vorsorge bei Infektionen!

Gastkommentar von Dr. Seyfarth-Metzger, 3. Stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats München

In der München Klinik Schwabing soll der groß angekündigte Neubau nächstes Jahr bezogen werden. Leider ist der Neubau zu klein geplant. In der Stadtratsvorlage für den Finanzausschuss am 16.6.2020 war eine erhebliche Reduktion der Betten für Innere Medizin von derzeit 115 Betten auf weniger als die Hälfte geplant, im Neubau sind nur 100 Betten für Innere Medizin und Chirurgie für Erwachsene vorgesehen. Die Intensivkapazitäten sollen von mehr als 40 Betten auf eine kleine Intensivereinheit gekürzt werden. Damit würde das Schwabinger Krankenhaus nicht mehr die Anforderungen an die 2. Stufe der Notfallversorgung für Erwachsene erfüllen wie bisher, sondern nur noch für die Basisversorgung.

Der Seniorenbeirat hatte im Herbst letzten Jahres in einem Antrag die Sicherstellung der Notfallversorgung in der München Klinik Schwabing gefordert. Gegen die Stadtratsvorlage hatte der Seniorenbeirat in einer Stellungnahme und mit einem offenen Brief an OB Reiter protestiert. Vor der Sitzung des Finanzausschusses wurde vom Verein „Bürger für unser Münchner Stadtklinikum“ auf dem Marienplatz darüber informiert. „Aus der Pandemie lernen“ stand auf dem großen Transparent. Bezirksausschüsse, Seniorenvertretungen, Bürgerinitiativen, ver.di-Senioren, und Selbsthilfegruppen unterstützen den Protest.

In den letzten Jahren haben viele Seniorinnen und Senioren bei Akutbehandlungen negative Erfahrungen gemacht: lange Wartezeiten in den Notaufnahmen, Gangbetten, Verlegungen außerhalb Münchens. Auch 2018 haben sich schon viele Kliniken in München wegen Überfüllung abgemeldet.

Die Stadtbevölkerung Münchens ist seit 2014 um 80.000 Menschen gewachsen. Dennoch sollen nicht nur in Schwabing, sondern auch in der München Klinik Harlaching weitere Kapazitäten für die Notfallversorgung Innere Medizin gestrichen werden

Die Pandemie mit Covid19 ist bisher in München relativ gut verlaufen, Patientinnen und Patienten konnten gut versorgt werden. Wesentlich dafür war, dass es in der München Klinik Schwabing eine Abteilung Infektiologie mit einem Team gibt, das langjährige Erfahrungen bei der Versorgung von Infektionskrankheiten hat. Durch die traditionelle Pavillonbauweise des Schwabinger Krankenhauses können ansteckende Patientinnen und Patienten räumlich gut separiert werden. Die Bauten können direkt angefahren werden, man muss nicht die

gleichen Wege benutzen wie Besucher, Beschäftigte und andere Patienten. Dadurch wird die Ansteckungsgefahr erheblich verringert

Für die künftige Versorgung bei schweren Infektionskrankheiten ist es wichtig diese gute Versorgung zu erhalten.

Auch die Akutgeriatrie soll von 60 auf 25 Betten reduzierten werden, eine Einheit soll erhalten bleiben.

Dieses wohnortnahe Angebot ist in den Stadtbezirken Milbertshofen, Feldmoching, Moosach besonders wichtig, denn dort leben viele ärmere und sozial benachteiligte Menschen mit geringer Mobilität. Es gibt wenig Allgemeinärzte und geriatrische Fachärzte.

Der Erhalt der Palliativstation in Schwabing wird ebenfalls gefordert, zumal es im gesamten Münchner Norden keine weitere Palliativstation gibt. Der Bedarf steigt Jahr für Jahr, ein wohnortnahes Angebot ist hier besonders wichtig.

Frau Dr. Seyfarth-Metzger in Ihrer Rede vor dem Finanzausschuss: „Wir Seniorinnen und Senioren erwarten, dass in München gute Bedingungen für den Pandemiefall erhalten bleiben. Sorgen Sie dafür, dass die Notfallversorgung in München keinesfalls weiter verschlechtert wird.“

Der Stadtrat beschloss entsprechend einem Änderungsantrag der Fraktionen der Grünen und SPD die Pläne des Kämmerers 2021 anhand von aktuellen Daten zu überprüfen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt!



Aktion am Marienplatz

Aktionen & Veranstaltungen der ver.di Senior*innen

ver.di Senioren Veranstaltung zur Kommunalwahl



Am 5. Februar 2020 kamen ca. 120 Seniorinnen und Senioren zu unserer Podiumsdiskussion. Eingeladen waren die Stadtratskandidaten der Parteien, von SPD, die Linke, die Grünen, der FDP und der CSU. Diskutiert wurde über die Entwicklung des ÖPNV, über Mieten und Wohnen, sowie über die Gesundheits- und Notfallversorgung in München. Eine unserer Forderungen war damals das Sanierungskonzept des Schwabinger Krankenhauses nochmal zu überprüfen. Die Entwicklung der Corona Pandemie hat uns bestärkt, unsere Forderung war richtig. Ohne die Intensivbetten im Schwabinger Krankenhaus hätte auch München ein Problem gehabt die Intensivbetten für Corona Fälle bereitzustellen.

Volksbegehren – sechs Jahre Mietenstopp – wie geht's weiter.



Die Initiatoren des Volksbegehrens: der Mieterverein, die SPD, Grüne, Linke, Gewerkschaften und Sozialverbände haben im Herbst 52.000 Unterschriften gesammelt. Rund doppelt so viele, als für die Einreichung not-

wendig gewesen wären. Überreicht wurden die Unterschriften am 6. März 2020. Am 17. April hat das Innenministerium das Volksbegehren für unzulässig erklärt und es dem bayrischen Verfassungsgerichtshof vorgelegt. Dieser muss innerhalb von drei Monaten entscheiden, spätestens bis zum 17. Juli 2020. Wird das Volksbegehren für zulässig erklärt, legt das Innenministerium innerhalb von vier Wochen die Eintragsfrist fest. Diese wäre dann rechnerisch im Oktober 2020 und Wahlberechtigten müssen sich in dem festgelegten Zeitraum in den jeweiligen Rathäusern eintragen. Wird das Volksbegehren für unzulässig erklärt, ist keine Revision möglich und das Volksbegehren ist beendet.

Kurze Einführung zur Veranstaltung am 22.07. 2020 mit Dr. Werner Rügemer

Die Corona-Pandemie führte zu einer tiefen Krise des gesamten Kapitalismus. Aber dass aus der Pandemie diese Krise wurde, liegt weniger am Virus. Das Gesundheitssystem ist auf kurzfristige Profite ausgerichtet (worden), so dass keinerlei Reserven vorhanden waren, nicht mal die billigsten Test Kits, Schutzmasken und Schutzkleidung, nicht mal für das Krankenhauspersonal. In dieser Krise sind Blackrock und die Digitalkonzerne Amazon, Facebook, Apple, Google und Microsoft die Gewinner. Blackrock berät die Europäische Union und die Europäische Zentralbank beim „Wiederaufbau Europas“. Natürlich kommen Konzerne wie TUI, Lufthansa und Deutsche Bahn wesentlich besser weg, als die Niedriglöhner*innen. Die Demokraten aller Länder müssen sich neu besinnen und neu organisieren!

Letzte Buchveröffentlichung: „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure.“ 2. erweiterte Auflage, Papyrossa Verlag Köln 2020

Liebe ver.di-Senior*innen,

unsere ROSTFREI wird leider nur zweimal im Jahr verschickt. Wir würden aber gerne interessante Neuigkeiten oder Termine auch außerhalb des Kurierversands zusätzlich an Euch weiterleiten.

Wir sind deshalb dabei, einen ver.di-E-Mail-Verteiler aufzubauen. Bei Interesse sendet uns bitte Eure Emailadresse mit Vor- und Nachname an:
senioren.m@verdi.de

Aktuelle Termine in 2020:

Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus,
Schwanthalerstr.64, 80336 München,

22. Juli 2020, 14:00 Uhr

„Wie Blackrock, Blackstone, McKinsey & Co unsere Arbeit, unser Wohnen und die Politik bestimmen“.

Ref.: Dr. Werner Rügemer

Monatliche Treffpunkte:

Gewerkschafts- und kulturpolitischer Arbeitskreis Heinz Huber:

Jeden 1. Dienstag im Monat, immer vormittags um 09.30 Uhr und nachmittags um 12:30 Uhr in zwei Gruppen im DGB-Haus im Raum Kurt Eisner.

Ab 1. September sollen die Veranstaltungen im „Eine Welthaus“, Schwanthalerstraße 80 stattfinden.

Wegen der Corona-Situation, bitte anmelden. Bitte Telefonnummer und Name und Veranstaltung angeben.:

per Email: senioren.m@verdi.de,
oder 089/672438

4. August 2020

Faktencheck Corona,
Ref.: Dr. Gerhard Steinhauser-Schwarzkopf

1. September 2020

„Selbstbestimmt sterben“ Sterbehilfe Pro und Contra unter rechtlichen und ethischen Aspekten.

Ref.: OsTD a.D. Erwin Schelbert

6. Oktober 2020

Klimakiller: Rüstung, Krieg und Militär.
Ref.: Walter Listl, ISW

3. November 2020

„China: Ein Land voller Widersprüche“.
Ref.: Heinz Haury

Über Veranstaltungen informieren wir über die Münchenseite, in der ver.di Publik und über www.muenchen.verdi.de
ver.di Bezirk München:
Zentrale: 089/59977-0

Meinungsseite Genug geklatscht, gelobt und geredet!

Ingrid Greif, Krankenschwester und Mitglied des Betriebsrats
München Klinik Bogenhausen

Das deutsche Gesundheitswesen ist doch nicht so schlecht? Es hat die Krise meisterhaft bewältigt?

Dies ist ein großer Irrglaube, mit dem die Bevölkerung beruhigt werden soll. Vielmehr ist es so, dass die Gesundheitssysteme in Spanien, Italien und Großbritannien durch das Spardiktat der EU seit Jahren noch mehr kaputtgespart wurden als in Deutschland.



Aktion Münchenezulage am 07.11.2019

Aber auch bei uns hat es an allem gefehlt. Eines der reichsten Länder der Welt hatte Mangel an Beatmungsmaschinen und dem dazugehörigen Equipment, an Monitoren, an Intensivplätzen und an jeglicher Art von Schutzkleidung für die Beschäftigten. Und zwar nicht erst nach einigen Wochen, sondern ab dem ersten Tag. Und selbst wenn es all das gegeben hätte – so hätte es am Personal gefehlt.

Die ersten Amtshandlungen der Regierung waren, nach den Standing Ovationen im Bundestag und den Lobhudeleien für die „Held*innen“, die Aussetzung der Personaluntergrenze für die Pflege bis Ende des Jahres und die Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes in vielen Punkten für alle. Also: mangelhafte Schutzkleidung und Verschärfung der Arbeitsbedingungen. Kein Wunder, dass in dieser Zeit die Kriegsterminologie die Sprache dominiert hat.

Und jetzt? Alles vorbei, ein Weiter so? Höchste Zeit das Gesundheitssystem von Grund auf zu verändern. Kleine Verbesserungen am Fallpauschalen System (DRG) reichen nicht! Ein halbherziges Gesetz zu Personaluntergrenzen hilft uns nicht weiter.

Wir müssen das Übel bei der Wurzel packen. Das Fallpauschalen System muss abgeschafft werden, die Privatisierung im Gesundheitswesen muss zurückgenommen werden. Die Gelder, die alle monatlich für ihre Gesundheitsversorgung bezahlen, müssen wieder in die Hände derer, die sie bezahlen. Wer kann denn besser entscheiden, was damit passieren soll als diese selbst?

Innerhalb der Gewerkschaften muss endlich darüber diskutiert und entschieden werden, wie dies durchgesetzt werden kann. Das jahrelange Akzeptieren, dass dafür nicht gestreikt werden darf, muss dringend überprüft werden, denn Petitionen, Gespräche, Kundgebungen gab es die letzten Jahre genug. Sie haben darauf nicht gehört und werden es auch weiterhin nicht tun.

Der 8. Mai soll ein Feiertag werden!

Erinnerungs-Veranstaltung am Marienplatz unter Corona-Bedingungen

Corona bedingt waren die Auflagen für die Gedenkfeier zur Erinnerung an den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai auf dem Marienplatz streng: Maximal 50 Personen im abgegrenzten Areal, Abstand halten, Mundschutz, keine Lautsprecheranlagen. Eingeladen hatten dazu das Münchner Friedensbündnis, das Münchner Bündnis gegen Krieg & Rassismus und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA). Der Aufruf fand Resonanz bei diversen Organisationen und Einzelpersonen – auch die ver.di SeniorInnen waren mit einem großen Transparent dabei.

Einleitend verlas Ernst Antoni einen Text, den Ernst Grube, geboren 1932 in München, den Veranstaltern hatte zukommen lassen. Viele kennen den Holocaust-Überlebenden Grube, seit Jahrzehnten unter anderem auch in gewerkschaftlichen Zusammenhängen aktiv, derzeit vor allem aber als Zeitzeuge, Antifaschist und Präsident der Lagergemeinschaft Dachau. Der 87jährige Ernst Grube hat in den letzten Wochen vielfach zum Thema Befreiung vom Faschismus öffentlich Stellung genommen: in diversen Medien und bei virtuellen Gedenkfeiern. Ein besonderes Anliegen ist ihm dabei die Unterstützung der Petition, den 8. Mai künftig zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Im Folgenden Ernst Grubes Beitrag zur Münchner Gedenkfeier:



Ernst Grube 2018

„Ich stimme mit der Auschwitzüberlebenden und Vorsitzenden des Auschwitzkomitees in der BRD, Esther Bejarano, überein, wenn sie in ihrer Petition an die Bundeskanzlerin Angela Merkel ausführt: ‚Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten,
- das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei und Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,
- Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,
- die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und
- die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.‘

Am selben Tag, als die Niederlage des deutschen Faschismus am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst nach der beispiellosen Barbarei endlich besiegelt wurde, erleben meine Mutter, meine beiden Geschwister und ich die Befreiung durch die Rote Armee im KZ Theresienstadt. Die Geschwister meiner Mutter, meine Tanten, Onkel und Cousins erlebten die Befreiung nicht. Sie waren ermordet worden. Mit großen Hoffnungen begann ein neues Leben für mich und für alle vom Naziregime verfolgten Menschen.

Dieser Tag soll ein Feiertag werden, an dem wir an alle Befreiungskräfte denken: An die alliierten Streitkräfte,

die Partisanen und Widerstandskräfte in den vom deutschen faschistischen Reich überfallenen Ländern und an die Frauen und Männer des Widerstands hier im eigenen Land. Die Erinnerung an die unvergleichlichen Verbrechen des Naziregimes und an dessen Niederlage, an unsere Befreiung kann unsere Bereitschaft und Tatkraft stärken für den Aufbau einer gerechten Welt des Friedens und der Freiheit, so wie es die befreiten Häftlinge der Konzentrationslager proklamiert haben. Bitter nötig ist das jetzt!

Befreiung von Faschismus und Krieg: Was bedeutete und bedeutet das für die Menschen und Völker, die unter den größten Menschheitsverbrechen leiden mussten? Verluste und Verheerungen, die bis heute oft nicht mit angemessenen Gesten der Entschädigung bedacht wurden! Die Shoah war erst durch den Krieg im



8. Mai 2020, Marienplatz



8. Mai 2020, Marienplatz

Osten in diesem Ausmaß möglich. Dieser rassistische Eroberungs- und Vernichtungskrieg war ein Mordprogramm, das Juden betraf und alle diejenigen, die von den Nazis als ‚Untermenschen‘ bezeichnet und behandelt wurden.

Ausbeutung, Versklavung, Vertreibung und Vernichtung der slawischen Völker waren das Ziel der deutschen ‚Lebensraumpolitik, die von Militärs und Wirtschaftseliten im ‚Generalplan Ost‘ festgelegt worden waren. So führte die Wehrmacht zusammen mit Einsatzgruppen und dem Sicherheitsdienst Massenerschießungen wie in Babi Yar, in Kaunas und Minsk durch, um nur einige Orte des Massenmordens zu nennen. Die Zahl der im Holocaust ermordeten Menschen, die außerhalb von Vernichtungslagern auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion umgebracht wurden, übersteigt die Zahl der in den Vernichtungslagern Ermordeten.

Auschwitz gehöre zur deutschen Identität hatte einst Bundespräsident Gauck gesagt. Ich ergänze: Dazu gehören auch die Verbrechen des rassistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges und des deutschen Besatzungsterrors. Da schließe ich auch deutsche Verbrechen in Ländern wie Italien, Jugoslawien und Griechenland mit ein. Unser Erinnern und Gedenken ist zugleich ein Kampf gegen das Vergessen, Relativieren und Ausblenden dieser immensen Verbrechen und für die daraus erwachsende staatliche und gesellschaftliche Verantwortung. Die nationalistischen Kräfte profitieren vom Vergessen und von einer Erinnerung ohne Verantwortung.

Bald nach 1945 bestimmte das Feindbild ‚Bolschewismus‘, der Antikommunismus, wieder die offizielle Politik in der Bundesrepublik. Der Aufbau der Bundeswehr, die Integration in die Nato, wurde mit den alten faschistischen Militärs betrieben und mit einer ‚Gefahr aus dem Osten‘ begründet. Letzteres bis heute!

Können Sie sich vorstellen, dass die Menschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion – besonders Russlands – heute noch an diese Verbrechen denken? Dass sie eine Wiederholung der in ihrer Geschichte mehrmals stattgefundenen Kriege bis vor die Tore Moskaus befürchten? In einer Situation, in der die NATO sich bis an die Grenzen ihres Landes ausgedehnt hat. Deren Verantwortliche haben ihr 1990 gegebenes Versprechen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, gebrochen. Inzwischen wurde der INF-Vertrag vom NATO-Hauptland USA aufgekündigt.

Rüstungsausgaben und Kriegsführungsmöglichkeiten werden auch hierzulande vorangetrieben bis zum weiteren Ausbau der so genannten „nuklearen Teilhabe“. Das Kalkül im Bedrohungs- und Kriegseinsatz mit Atomwaffen zu hantieren, wird so immer konkreter. Heute wird oft darauf hingewiesen, dass wir schon über 70 Jahre in Frieden in Europa leben. Doch Deutschland ist heute einer der größten Waffenlieferanten der Welt und befeuert den Krieg, den wir hier noch nicht haben, an anderen Orten der Welt.

Frieden und Wertegemeinschaft werden beschworen: Die im Mittelmeer ertrunkenen, zurückgewiesenen Flüchtlinge, zeugen vom Gegenteil: Entgegen dem Völkerrecht wird ihnen die Seenotrettung und der Zugang zu Asyl verweigert.

Wäre eigentlich nicht das Schaffen von Voraussetzungen für eine friedlichere, gerechtere Welt die allerhöchste „weltpolitische Verantwortung“, der sich Deutschland aufgrund seiner Geschichte stellen müsste? Wenn wir aufhören, uns gegen diese Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht zu stellen, wenn wir die Zerstörung von Asylrecht und Flüchtlingschutz weiter zulassen und uns nicht vehement gegen Aufrüstungs- und Kriegspolitik und gegen Waffenexporte einsetzen, dann geben wir die Errungenschaften der Befreiung von Faschismus und Krieg preis.“